ZUR FLÜCHTLINGSSITUATION
Vier Standpunkte / Meinungen zu diesem aktuellen Thema Seite 4

WAS IST NORMAL
Am 24. Oktober fand in Rostock die Inklusionstagung statt. Seite 6

PARKPLÄTZE IN WISMAR
Bürgerschaftsfraktion gegen Halbierung kostenfreier Parkplätze Seite 3

der WELLENBRECHER
Informationsblatt des Kreisverbandes DIE LINKE. Nordwestmecklenburg
DIE LINKE. Kreisverband Nordwestmecklenburg
5. Jahrgang / Ausgabe 29 - Nr. 6 / 2015
www.die-linke-nwm.de

Unsere DirektkandidatInnen für die Landtagswahl

Große Mehrheit für Simone Oldenburg, Horst Krumpen und Björn Griese

Zu Beginn des Parteitages erinnerte der Kreisvorsitzende an die Opfer der Terroranschläge in Paris und Mali. Die rund 80 Anwesenden begannen den Parteitag mit einer Schweigeminute, um der Opfer dieser schrecklichen Gewalttaten zu gedenken. Der Kreisverband stimmte einstimmig einer Solidaritätserklärung zu, die in der Zeitschrift Le Monde veröffentlicht wird.

In seiner Rede, die den weiten Bogen von der Bundesebene bis hin zur Kreispolitik schlug, betonte Horst Krumpen unter anderem die konsequente Haltung der LINKEN in der Flüchtlingspolitik und stellte noch einmal klar, dass Waffen keinen Frieden schaffen werden. Der Parteitag verabschiedete einmütig eine klare und konsequente Resolution, die den Umgang und die Integration der Flüchtlinge ebenso thematisierte, wie die Bekämpfung der vielfältigen Fluchtursachen.

Doch auch der Stillstand in der Landespolitik, die als Ergebnis einer sogenannten „Großen Koalition“ nur noch den kleinsten gemeinsamen Nenner zur Umsetzung gebracht hat, wurde kritisiert. Gestalten statt Verwalten lautet ein Schlagwort der LINKEN, um im kommenden Jahr einen Machtwechsel herbeizuführen. Die LINKE wird mit einem klaren Programm und sozialen und bildungspolitischen Schwerpunkten um jede Stimme kämpfen.

Auch die Politik des Kreises wurde thematisiert. Dabei wurde die Kritik an den Kosten des Kreisneubaus in Wismar erneuert, vor allem, da gleichzeitig die Einsparungen im sozialen Bereich weitergehen. Die Absicht der bisherigen „Einsparfraktionen CDU und SPD“ nun im Jahr der Landtagswahl 2016 eine Absenkung der Kreisumlage herbeizuführen, wird von den LINKEN sehr kritisch gesehen. Bisher wurden mit diesen Fraktionen um jeden Euro gefeilscht, egal ob Hallennutzungsgebühren, Schülerbeförderungskosten oder Sozialausgaben, immer ging es zu Lasten der Bedürftigen.

Der vom Fraktionsvorsitzenden Björn Griese begründete Antrag, dieser Absenkung der Kreisumlage nur zuzustimmen, wenn gleichzeitig die Anstrengungen im sozialen und kulturellen beibehalten oder erhöht werden, wurde einstimmig verabschiedet.

Die mit Spannung erwartete Rede des neugewählten Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Dietmar Bartsch machte noch einmal deutlich, dass die LINKE im Bundestag als einzige Partei eine konsequente Haltung sowohl zum Verbot von Waffenlieferungen als auch gegen jeden Einsatz der Bundeswehr im Ausland hat. Dietmar Bartsch kritisierte die geringen Ausgaben der Bundesrepublik im Bereich der Entwicklungshilfe ebenso, wie die seiner Meinung nach zu geringen Anstrengungen der Bundesregierung gegen den IS auch auf diplomatischem Wege vorzugehen.

Der Kreisparteitag wählte dann für den noch offenen Platz im Kreisvorstand Roswitha Barnekow nach und wählte mit Ute Spriewald und Horst Krumpen die neuen Mitglieder des Landesausschusses. Als Ersatzdelegierte wurden Gabriele Sauerbier und Detlef Bojahr gewählt.

Herzlich begrüßt als neues Mitglied in unserem Kreisverband wurde Patrick Siemsen. Er ist 24 Jahre alt und Student an der Hochschule Wismar.

Gegen 14 Uhr endete der Kreisparteitag.

Aus der Redaktion

In seiner Oktobersitzung beschäftigte sich der Kreisvorstand u. a. mit der Arbeitsweise und den Kompetenzen unserer Redaktion. Gemeinsam mit den Redaktionsmitgliedern wurde darüber beraten, wie unsere kleine Zeitung politisch noch wirksamer werden könnte.

In einer erfreulich offenen Diskussion kamen wir einvernehmlich zu der Auffassung, dass die Redaktion in ihrer Arbeit eigenverantwortlich handelt. Aus der Beratung leiten wir als Redaktion die Aufgabe ab, uns künftig um eine noch stärkere Einbeziehung der Mitglieder unseres Kreisverbands und auch der parteilosen Leser in die Gestaltung unserer Zeitung zu bemühen.

Um den Wellenbrecher zu einem Forum lebhaften Austausches zu machen, wünschen wir uns die Mitarbeit der Leser_innen. In einer pluralistischen Partei wie der LINKEN kann es nicht ausbleiben, dass politische und gesellschaftliche Vorgänge unterschiedlich bewertet werden. Schon in der Vergangenheit bekamen wir, wenn auch selten, kritische Äußerungen zu manchen Beiträgen. Solche Meinungsverschiedenheiten wollen wir kenntlich machen und zur Diskussion darüber anregen, was natürlich nur dann möglich ist, wenn uns die Kritik erreicht.

Also - eine alte Losung aufgreifend - es ergeht die Aufforderung: Greif zur Feder, Kumpel!

"Alles was die Sozialisten vom Geld verstehen, ist die Tatsache, dass sie es von anderen haben wollen." (Konrad Adenauer)
Genau! Jetzt auch noch per SMS!

Gadebusch hat neuen BO-Vorstand

Dieses Mal fand unsere Wahl an einem Sonnabendvormittag statt. Das haben wir bisher noch nie gemacht. An der Beteiligung war abzulesen, dass wir richtig entschieden hatten.

Thomas, unser amtierender Vorsitzender, wurde einstimmig gewählt und erhielt für seine Arbeit in der Übergangszeit Lob und Anerkennung. Unsere Tagesordnungen sind immer ziemlich lang zu den Vorstandssitzungen. Thomas bereit sie gut vor und arbeitet dann den Plan straff ab. Er stellte die Ergebnisse aus diesem Jahr vor und die Bilanz kann sich sehen lassen.

Auch die übrigen 10 Vorstandsmitglieder wurden alle einstimmig gewählt, alles erfahrene Hasen. Ein Dankeschön für die geleistete Arbeit gilt allen und gutes Gelingen für das nächste Jahr, das wieder mal ein Wahljahr ist.

Die Aussprache wurde von Themen aus der Stadtfraktion und unseren Vorhaben im nächsten Jahr bestimmt. Die neuerdings vorhandene Facebook-Seite der Gadebusch BO findet Zuspruch und ist auch aktuell, dank Thomas und Mario.

Was beschäftigt uns bis Jahresende noch? Weihnachtsfeier und „Hexenantrag“ in der Stadtvertretung, den wir mit der Gadebuscher Pastorin, Frau Baier, vorbereitet haben. Wir werden sie auch zur Sitzung der Stadtvertretung am 14. Dezember 15 einladen. Dazu nächste Ausgabe mehr.

Wismar ist für alle da

Als die verstärkte Zuwanderung begann, formierten engagierte Einzelpersonen und Mitglieder aus Parteien, Vereinen und Initiativen und auch aus der Verwaltung in Wismar das Bündnis WISMAR FÜR ALLE, in dem sich erfreulich viele Jüngere engagieren, so z. B. Aktivisten aus dem Tikozigalpa.

Das Bündnis hat sich zum Ziel gesetzt, Flüchtlingen schnell und unbürokratisch zu helfen und rechten, flüchtlingsfeindlichen Umtrieben entgegenzutreten. In regelmäßigen Zusammenkünften wird die aktuelle Situation erörtert und Maßnahmen oder Aktionen vorbereitet.

So wird in den Notunterkünften die Betreuung der wechselnden Flüchtlingsbesatzungen unterstützt, Sammlungen von Kleidung und Bedarfsgegenständen organisiert, Materialien zur Wissensvermittlung über die Asylverfahren beschafft und an die Bevölkerung verteilt und immer wieder auf die regelmäßigen Umzüge der flüchtlingskritischen Bewegung WISMAR WEHRT SICH reagiert mit Gegendemos, Volksfesten und auch Info-Ständen, wie auf dem Bild, bei dem am 14.11. im Marktkauf das Gespräch mit der Bevölkerung zur Flüchtlingssituation gesucht wurde. Daneben wurden von der Buchhandlung Peplau gespendete Mängelexemplare gegen eine Spende angeboten; der Erlös kam der Flüchtlingshilfe zugute.

Von Lutz Tannhäuser

Linksfraktion unterstützt das Kinder- und Jugendfreizeit e.V. Gadebusch

Im September beteiligten sich die Gadebuscher LINKEN zum 2. Mal mit einem eigenen Stand am Herbstmarkt. Gegen eine kleine Spende wurde das von den Mitgliedern bereitgestellte Obst und Gemüse an die Besucher abgegeben. Insgesamt konnten wir 160 €uro einnehmen. Gestern übergaben wir das Geld an die Leiterin des Freizeithauses, Fr. Siegrid Berning. Die Freude bei den Kindern und Betreuern war groß. Nun konnte auch das lange geplante Projekt einer Theatergruppe in Angriff genommen werden.

Oldenburg vor Ort - Vorlesetag in der Kindertageseinrichtung in Beckerwitz

Am 23. November 2015 besuchte Rabe »Socke« die 30 „Lütten“ in der Kindertageseinrichtung in Beckerwitz und brachte die Landtagsabgeordnete Simone Oldenburg, Fraktion DIE LINKE, mit.

Gemeinsam lasen sie aus dem „Großen Buch vom kleinen Raben Socke“. »Socke« sagt Danke für den tollen Vormittag.

Danke für das schnattern und spielen.

Wir sind gut aufgestellt für 2016

Liebe Genossinnen und Genossen,

wieder einmal neigt sich ein Jahr seinem Ende entgegen und manch einer fragt sich verwundert wo ist die Zeit geblieben. Ein politisch wirklich spannendes Jahr, dass viel Bewegung oder sollte ich sagen Unruhe mit sich gebracht hat. Nachdem nun weltweit mehr als 60 Millionen Menschen vor Krieg, Terror und Elend fliehen, stehen wir auch in Deutschland vor der Aufgabe den Menschen, die zu uns geflüchtet sind Ruhe, Trost, Frieden und eine Perspektive zu bieten.

Als LINKE wissen wir, offensichtlich als einzige Partei im Bundestag, dass Waffenlieferungen und Kriege im Namen der Demokratie am Ende eben doch für die, die am wenigsten damit zu tun haben, nur Elend und Verfolgung bedeuten. Diese Menschen bei uns aufzunehmen und ihnen zu helfen sich in unsere Gesellschaft zu integrieren, ist eine Herausforderung für uns alle, wir LINKE haben diese Aufgabe engagiert angenommen. Egal ob an runden Tischen in Bad Kleinen, Warin, Gadebusch oder auch bei „Wismar für alle“, wir sind mit unseren Möglichkeiten dabei zu helfen wo wir können. Für dieses Engagement möchte ich euch im Namen des Kreisverbandes meine herzlichen Dank aussprechen.

Die Lage hat sich nach den Anschlägen in Paris und Mali noch einmal verschärft und manch einer fragt sich, wie geht es weiter. Wir LINKE kennen die Antwort ebenso wenig wie andere, aber wir wissen, das unser unermüdlicher Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit, gegen die Entsolidarisierung und damit gegen eine Welt in der Ellbogen regieren, mehr denn je gebraucht wird.

Wir werden im kommenden Jahr einen Landtagswahlkampf bestreiten, der sicher nicht leicht sein wird, in dem es aber gerade auf uns als LINKE ankommt. Egal ob in der Frage des sozialen Wohnungsbaus, in der Bildungspolitik oder auch in der Finanzausstattung der Kommunen, wir stehen dafür, dass allen Menschen gleiche Rechte und Chancen gewährt werden unabhängig vom Geldbeutel, Glauben oder Herkunft.

Wir haben auf dem letzten Kreisparteitag mit Simone Oldenburg unserer Bildungsexpertin, Björn Griese unserem Fraktionsvorsitzenden im Kreistag und mir selbst, die KandidatInnen aufgestellt und damit die ersten Weichen gestellt für ein erfolgreiches Jahr 2016. Doch wir drei können das nur schaffen, wenn wir wie bisher auf euch alle zählen können.

Ich wünsche euch allen ruhige und besinnliche Feiertage im Kreis von Familie und Freunden. Ich danke jedem einzelnen für sein Engagement des letzten Jahres für unsere gemeinsame Sache. Nutzt die Zeit um euch zu erholen und die Kräfte zu sammeln, damit wir auch im kommenden Jahr als lebendige und engagierte LINKE und soziale Kraft in diesem Landkreis für die Menschen kämpfen können.

Mit solidarischen Grüßen
Euer Horst Krumpen
Kreisvorsitzender

Parkplätze sollen Haushaltslöcher stopfen

LINKE Bürgerschaftsfraktion stellt sich gegen Halbierung der kostenfreien Parkplätze

Von Uwe Boldt

Senator Berkhahn stellt die Vorlage zur 1. Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für Parkflächen und für die Tiefgarage erstmals im Verwaltungsausschuss vor und erklärt, dass diese Vorlage das Ergebnis der Vorschläge zur Erschließung von Einnahmequellen zur Haushaltskonsolidierung von SPD und CDU darstellt. Es sollen nach der endgültigen Vorlage für die Bürgerschaft ca. 150.000 € über die weiteren bewirtschafteten Parkplätze in die Stadtkasse gespült werden.

Detlef Bojahr erklärte darauf, dass die Zielrichtung der Parkraumbewirtschaftung im Realisierungskonzept festgelegt ist und das Ziel Haushaltskonsolidierung dort nicht vorkommt. Er zitierte folgende Grundsätze aus dem Konzept von 2011:

- Verminderung des Parksuchverkehrs,
- Verlagerung von Stellplätzen für Beschäftigte auf Alternativangebote in unmittelbarer Entfernung zur Innenstadt
- Qualitative Weiterentwicklung bestehender und zukünftiger Parkplätze
- Parkhochbauten am Altstadtrand
- Einführung des Bewohnerparkens für den Altstadtbereich
- Errichtung eines Fahrradparkplatzes in Innenstadtbereich.“

Danach fragte er, wo denn die in der schriftlichen Begründung des Antrages dargestellte Weiterentwicklung des Konzeptes sei. Es ist schlicht und ergreifend nur eine Ausweitung der Gebührenerhebung für fast alle Parkflächen rund um die Altstadt. Die Kostenfreien Stellplätze sollen um 63% reduziert werden, um schlichtweg Geld einzunehmen.

Gebührenpflichtige Parkplätze in Wismar:

bisher 838 künftig 1596

es bleiben noch 365 kostenfreie Parkplätze (davon 50 Zeitparken mit 2 Stunden).

Betroffen werden vorrangig die in der Innenstadt Beschäftigten und Bewohner der Altstadt, die nicht täglich ihren PKW zur Fahrt zum Arbeitsplatz benutzen müssen. Die 'Dauerparker' werden sich noch weiter aus der Innenstadt in die umgebenden Wohngebiete bewegen, um ihr Fahrzeug für mehrere Tage sicher abzustellen. Diese Verschlechterung für Beschäftigte und Anwohner der Altstadt wird DIE LINKE nicht mittragen und für die Ablehnung dieses Antrages werben.

Weiter Kuddelmuddel um Parkplatz am Kreissitz Wismar

Mehrfach kritisierten wir die widersprüchlichen Aussagen der Landrätin zum Parkplatz in Wismar. Festzuhalten bleibt: Ihren „Sparvorschlag“ von max. 500 T€ hat sie nicht eingehalten. Selbst die kleinste, der dem Kreistag am 5.11. vorgelegten Varianten, mit 97 Parkplätzen kostet rd. 763 T€.

Wegen der unsäglichen Historie will die LINKE eine langfristig tragfähige Lösung. Am Ende zählt, wie hoch die monatliche Belastung für den Kreis ist und ob wir die optimalsten Bedingungen für Mitarbeiter und Besucher erreichen.

Die Landrätin war im September-Kreistag beauftragt worden, ein Finanzierungs- und Nutzungskonzept zu erarbeiten. Was vorlag, waren jedoch lediglich 3,5 Varianten, die sich wie „Äppel mit Birnen“ vergleichen lassen: groß/klein; mit/ohne Gebühren …

Aber: Wie viele Mitarbeiter_innen benötigen eine Parkplatz? Die Landrätin sprach von 140. Ihre favorisierte Variante kommt abzüglich der Besucherparkplätze auf 94 für die Mitarbeiterstellplätze. Die restlichen 46 Mitarbeiter, schauen also in die Röhre?

Aber: Wären die Mitarbeiter_innen bereit z.B. 20 €/Monat für einen Stellplatz zu bezahlen? Wurde mit den Städten Wismar und Grevesmühlen (wenn man dort ebenfalls über kostenpflichtige Parkplätze nachdenkt) gesprochen? Ergeben sich Konkurrenzsituationen oder Synergieeffekte zu den städtischen Parkplätzen? Ist eine kostenpflichtige Nutzung durch Dritte möglich? Wie sollen die Parkplätze für verschiedene Nutzer technisch getrennt werden?

Was passiert am Wochenende oder in der Urlaubszeit? Ist dann der Hauptteil des Parkplatzes öffentlich gegen Gebühr nutzbar?

Es bleiben so viele Fragen offen!

Wir wollen erst ein wirkliches Konzept mit Kostenrechnungen, um zu wissen, worüber wir eigentlich abstimmen! Schnellschüsse gab es in dieser Frage genug!

Die Idee der Landrätin, später eine zweite Ausbauphase folgen lassen, wird auf jeden Fall teurer, als alles einmal richtig zu machen! Doch das passt zu ihrer Salamitaktik.

Unserem Vorschlag, die Vorlage der Verwaltung in Bau- und Finanzausschuss zurück zu überweisen folgte die Mehrheit der Kreistagsmitglieder.

Wir sind gespannt …

Zur aktuellen Flüchtlingssituation meinen:

Simone Oldenburg:

Die Landrätin oder wer koordiniert die zahlreichen neuen Aufgaben für die Asylsuchenden?

Seit Monaten helfen die zahlreichen ehrenamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützer den zu uns kommenden Flüchtlingen und Asylsuchenden. Ehrenamt – wohin man schaut.

Unser Dank kann nicht groß genug sein, denn ohne den „Runden Tisch“ in Gadebusch, ohne die umsichtige Arbeit der Bad Kleiner, der Grevesmühlener, der Mallentiner und und und – wüsste der Landkreis Nordwestmecklenburg nicht mehr, wie er mit dieser neuen Situation zurechtkommen würde.

Aber dennoch nimmt die Verwaltung die gegenwärtige Lage nicht ernst. Man streitet um die Legitimation der „Koordinierungsgruppe Flucht und Asyl“, die durch uns gegründet wurde. Die Arbeit der Verwaltung sollen wir übernehmen, aber Rechte haben wir nicht. SPD und ihre Landrätin glauben, es sei lediglich eine vorübergehende Aufgabe, die durch wohlfeile Worte und dem Überhalsen der Arbeit auf die Ehrenamtlichen zu bewältigen sei.

Verantwortung zu übernehmen, Strukturen zu schaffen, Entlastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kreisverwaltung zu schaffen – weit gefehlt.

In der November-Kreistagssitzung fordern wir deshalb, dass endlich ein Fachdienst für Flucht, Asyl und Integration in unserem Landkreis gebildet wird. Wir haben die Aufgabe, uns um jede Frau, jeden Mann und jedes Kind zu kümmern, das in unserem Landkreis lebt. Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Integration von Flüchtlingen zu Lasten anderer Bereiche erfolgt, zum Beispiel zu Lasten der Betreuungsstandards in den Kindergärten und Horten. Kurzum: Es darf nicht so getan werden, als hätten wir diese neue Herausforderung nicht zu meistern, sondern die Landrätin muss endlich handeln und unseren Forderungen nach dem neu einzurichtenden Fachdienst zustimmen.

Horst Neumann:

Die Flüchtlinge kommen – plötzlich und unerwartet – und gleich so viel. Europa einschließlich seiner Führungsmacht Deutschland stöhnt wegen der aktuellen Flüchtlingswelle von Hunderttausenden aus Syrien, Irak Afghanistan und Afrika und zeigt sich hilflos. Die Hauptanstrengungen waren bisher auf Abschottung vor den Flüchtlingen gerichtet, was sich aufgrund der Massen als nicht mehr machbar herausstellte. Sicher hat kaum jemand damit gerechnet, dass der „Sturm auf Europa“ erst im Sommer 2015 erfolgt. Dass er kommen wird, hat der kurz danach getötete Libysche Präsident Gaddafi bereits 2011 angekündigt, als NATO-Bomber sein Land ins Chaos trieben. Nach diesem „Erfolg“ wurde das Chaos ebenfalls für Syrien organisiert. An das Chaos in Afghanistan ist man seit 14.Jahren gewöhnt.

Auch Deutschland hat sich dort militärisch engagiert, während es sich in Syrien seit 4 Jahren vor allem „nur“ an einem Embargo gegen dieses Land beteiligt, um die Menschen auszuhungern. Und sie hungern. Um Krieg und Hunger zu entkommen, nehmen sie gefahrvolle, anstrengende und teure Fluchtwege auf sich, um ungeliebt bei uns anzukommen. Das haben sich unsere Politiker aber nicht so gedacht. Sie dachten, wenn sie überhaupt dachten, dass die Syrer Assad stürzen und eine Regierung akzeptieren, die ihr Land zur Ausplünderung freigibt, wie andere im Nahen Osten und Afrika. Diese Politiker müssen nun mit den von ihnen produzierten Flüchtlingsströmen fertig werden, was sie überfordert. Einfallsreich zeigen sie sich aber darin, durch die Flüchtlinge von der sozialen Frage abzulenken und die Wut auf noch ärmere Menschen zu lenken. In öffentlichen Erklärungen werden Bedauern und Mitgefühl betont, in der Praxis wird das Asylrecht eingeschränkt und ein Großteil der Belastungen den Kommunen aufgebürdet. Damit werden Ängste geschürt (durchaus auch berechtigte), der beste Nährboden für latent immer vorhandenen Rassismus, der sich in Pegida noch wirksamer manifestiert als durch die NPD. Zufrieden zeigen sich die Herrschenden. Daimler-Chef Dieter Zetsche meinte in der Bild am Sonntag, dass die meisten Flüchtlinge »jung, gut ausgebildet und hoch motiviert seien. Genau solche Leute suchen wir doch«. Dass man sie nicht so hoch bezahlen muss, wie gleichermaßen qualifizierte Deutsche, sagte er aber nicht. Weltweit sind 45% aller Ländern von Kriegen überzogen bzw. an ihnen beteiligt und 60 Mill. Menschen sind auf der Flucht. Auch Deutschland hat seine Zahlungsverpflichtungen für das Flüchtlingshilfswerk der UNO nicht erfüllt. Anstrengungen, die Fluchtursachen zu beseitigen, sind ungenügend. Deutschland beteiligt sich zusammen mit anderen EU-Ländern und den USA nach wie vor an der Zerstörung der staatlichen Integrität arabischer und afrikanischer Staaten.

Lutz Tannhäuser:

Bei aller berechtigten Kritik an den Verursachern der gegenwärtigen Flüchtlingsmisere und auch an der Arbeit der Behörden zu deren Bewältigung: Kritisieren hilft jetzt nicht weiter. Die Probleme sind infolge der massenhaften Zuwanderung so angewachsen, dass sie rein administrativ kaum bewältigt werden können.

Zum Glück sehen das viele Menschen auch so und bringen sich in unterschiedlicher Art und Weise in die Betreuung von Flüchtlingen ein. Nach meiner Wahrnehmung machen uns die Kirchgemeinden in der Region vor, was tätige Solidarität ist. In Wismar bieten die Netzwerke „Willkommenskultur“ und „Wismar für alle“ viele Möglichkeiten an, ehrenamtlich tätig zu werden, u. a. durch Spenden, Betreuungseinsätze in den Unterkünften, Sprachunterricht oder „Integration á la carte“, wobei unter Letzterem die Einladung von Flüchtlingen zu einem gemeinsamen Essen o. dergl. verstanden wird. Auch werden als Reaktion auf die regelmäßigen Umzüge von Asylgegnern in der Stadt Gegendemos, Infostände und volksfestartige Veranstaltungen gemeinsam mit Flüchtlingen organisiert.

Durch meine Bekanntschaft mit syrischen jungen Männern weiß ich, dass sie nichts sehnlicher wünschen, als zu arbeiten und auf eigenen Beinen zu stehen. Dafür unternehmen sie große Anstrengungen, um schnell Deutsch zu lernen, und sie suchen jede Möglichkeit für Gespräche mit Deutschen, um sich zu vervollkommnen. Die gegenwärtige Situation sehe ich pragmatisch: Die Lage ist nun einmal wie sie ist, da hilft den Flüchtlingen kein „hätte, hätte …“, - gefragt ist, selbst mit anzupacken.

Uwe Boldt:

Willy Wimmer (CDU), ehemals Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium im Interview von RT Deutsch am 02.10.2015 : „... Wenn man die Welt in Schutt und Asche legt, bekommt man auch Flüchtlinge, sie sind sogar Bestandteil der militärischen Planung, bevor man einen Krieg beginnt.“

Angesichts der Entwicklung der vergangenen 10 Jahre im arabischen Raum, der Rolle der westlichen Länder, vor allem der USA mit ihren bewaffneten Kriegseinsätzen, den Bomben- und Drohnenangriffen, der offenen und verdeckten Militäraktionen, aber auch der Waffenexporte in diese Kriegsgebiete, war eine solche Flüchtlingswelle voraus zu sehen.

Es ist kein einer Naturkatastrophe gleiches schicksalhaftes Ereignis, das uns z. Zt. heimsucht. Es ist das Ergebnis langjähriger politischer Fehlentwicklungen, die aktuell in der Hilflosigkeit und Zerstrittenheit der EU-Mitgliedsstaaten bei der Bewältigung einer katastrophalen menschlichen Tragödie gipfeln.

Es macht mich traurig und wütend, dass die vielbeschworene Wertegemeinschaft weder in der Regierungskoalition in Deutschland, noch in Europa erkennbar ist. Da wird gestritten, gefeilscht, gefordert, polemisiert, ohne die akuten Probleme ernsthaft in Angriff zu nehmen. Die europäische Politik hat offensichtlich die Grenze der Handlungsfähigkeit deutlich überschritten.

Ich würde mir wünschen, dass jetzt eine europäische Linke sich deutlich positioniert und sich innerhalb der Mitgliedsstaaten und im EU-Parlament für eine humane Lösung des Flüchtlingsproblems in Europa öffentlichkeitswirksam einsetzt. Ehrenamtliches Handeln vor Ort ist wichtig, löst jedoch nicht die Probleme, sondern lindert deren Auswirkungen und das Versagen des Staates vielleicht ein wenig.

Es macht Sinn zu fragen, wem die aktuelle Entwicklung im globalen Wettbewerb am meisten nutzt und wer sie in perfider Art und Weise für seine innenpolitischen Ziele missbraucht.

Es war ein unaufgeregter Parteitag.

Bericht vom Landesparteitag am 7./8.November im Kulturforum Historisches U in Pasewalk

Vorweg: Der Parteitag war, wie in jeder Veranstaltung zu dieser Zeit, neben dem Leitantrag „Aus Liebe zu M-V“, Satzungsanträgen und mehreren Wahlen in der Diskussion vom Thema Flüchtlinge in vielen Beiträgen geprägt.

Zusammengefasst wurde festgestellt, dass nicht von Migrantinnen und Migranten eine Gefahr ausgeht, sondern von den Brandstiftern.

Mecklenburg-Vorpommern wird sich durch die Aufnahme von Flüchtlingen verändern. Aber auch wir müssen bereit sein, uns zu verändern. Mit Fremdsprachenkenntnissen sieht es bei den meisten von uns doch eher mies aus. Wir erwarten zu Recht, dass diejenigen, die hier Asyl suchen, sich in unser Leben integrieren müssen.

Weiterhin wurden die Landesschiedskommission, die Finanzrevisionskommission sowie die Vertreterinnen und Vertreter unseres Landesverbandes im Bundesausschuss gewählt.

Der Leitantrag „Aus Liebe zu M-V“ als Strategiepapier zur Vorbereitung der Landtagswahlen im nächsten Jahr wurde nach einigen wenigen Änderungen beschlossen. Er enthält wesentliche Aussagen zu Wahlschwerpunkten und zur Führung des Wahlkampfes.

Eckpunkte des Wahlprogramms werden am 9. und 10. Januar auf dem Landesparteitag in Gägelow beschlossen. Außerdem wird die Landesvertreterinnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zu den Landtagswahlen in Gägelow stattfinden. Da das dieses Mal für unseren Kreisverband sozusagen

Der auf dem Landesparteitag in Pasewalk gewählte Landesvorstand. v.l.: André Walther, Björn Griese, Jacqueline Bernhardt, Simone Oldenburg, Jeannine Rösler, Gudrun Pach, Christa Labouvie, Maria Quintana Schmidt, Heidrun Bluhm, Sebastian Schmidt, Margit Glasow, Wenke Brüdgam-Pick, Phillip Bock, Gabriela Buchholz, Sandro Smolka, Wolfgang Weiss, Marcel Eggert und Dirk Bruhn.

Dennoch sind auch Vorurteile abzubauen, fremde Kulturen kann man als Bereicherung empfinden.

Es muss eine gesellschaftliche Diskussion geführt werden, wie zukünftig Einwanderung gestaltet werden kann und nicht, wie Einwanderung verhindert werden soll.

Es wurden auf dem Landesparteitag die Gremien für die nächsten 2 Jahre gewählt.

Heidrun Bluhm ist mit großer Mehrheit als Landesvorsitzende wiedergewählt worden, als stellvertretende Vorsitzende fungieren Björn Griese, Andre Walter sowie Janine Rösler. Aus unserem Kreisverband ist Simone Oldenburg erstmalig in den Landesvorstand gewählt worden.

um die Ecke stattfindet, kann sich der eine oder andere auch selbst ein Bild machen und als Gast an diesen Veranstaltungen teilnehmen.

Und zu guter Letzt: Wir waren am Sonntagmittag 3 Stunden eher fertig, das habe ich bei einem Landesparteitag lange nicht erlebt.

Von Annegret Tschersich

Beschlüsse:

Leitantrag: "Aus Liebe zu M-V"

Resolution: "Für ein solidarisches Mecklenburg-Vorpommern

Neubildung von Kreisverbänden

Zulassung von landesweit tätigen Zusammenschlüssen

Wie weiter mit den Freihandelsabkommen TTIP und CETA?

Auch einige Mitglieder unseres Kreisverbandes haben an der machtvollen Demonstration zur Verhinderung der Freihandelsabkommen am 10. Oktober in Berlin teilgenommen. Jetzt kommt es darauf an zu verhindern, dass die Regierung, wie so oft, den Widerstand einfach aussitzt, zumal auch die Presse die Manifestation des Bürgerwillens überwiegend nur schmallippig reflektiert hat; von einigen Medien wurde sie sogar in die rechte Ecke gerückt.

Der Kommentar in der OZ vom 12.10. täuscht z. B. völliges Unverständnis vor, Zitat: „Erstaunlich ist allerdings auch, dass ausgerechnet ein noch lange nicht ausgehandelter Handelsvertrag die Triebfeder dieser Bewegung sein soll“. Demgegenüber beklagt ein Leserbrief in der OZ vom 14.10., dass die seit vielen Jahren größte Demonstration eine umfangreichere Berichterstattung verdient hätte.

Einen Hoffnungsschimmer sehe ich im Widerstand der Gewerkschaften mit ihren 6,1 Millionen Mitgliedern. Beim IG Metall-Gewerkschaftstag erntete die ansonsten freundlich empfangene Kanzlerin Angela Merkel mit ihrem Werben für TTIP Stille, Raunen und Kopfschütteln.

Auch Bundestagspräsident Norbert Lammert besteht darauf, dass den Bundestagsabgeordneten vor einer Abstimmung der vollständige Text des Geheimabkommens zugänglich sein muss. Der Präsident des Deutschen Kulturrates (Dachverband für 246 Kulturorganisationen) Christian Höppner sprach sich gegen das Freihandelsabkommen aus: „Kultur darf nicht allein dem Markt überlassen werden, sonst reduzieren sich die Angebote auf das, was sich wirtschaftlich rechnet.“ In unserer Region beschlossen nach Wismar und Gadebusch auch die Gemeindevertreter von Bad Kleinen auf Antrag der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich, gegen das geplante Abkommen beim Städte- und Gemeindetag, bei der Landes- und Bundesregierung sowie beim EU-Parlament zu intervenieren.

Das Bündnis „Stopp-TTIP“ hat dem Präsidenten des Europaparlaments, Martin Schulz, 3,2 Millionen Unterschriften aus 22 Staaten übergeben, verbunden mit der Forderung, die Verhandlungen zu TTIP zu stoppen und CETA nicht zu ratifizieren. Auch die Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen die Nicht-Zulassung der Europäischen Bürgerinitiative (eBG) wird fortgeführt. Das Fazit: Der Kampf gegen TTIP und CETA geht weiter. So wird unter dem neuen Namen „Europäische Initiative gegen TTIP und CETA“ auch die Unterschriftenaktion fortgeführt.

Von Peter Vorbau

Was ist normal und wer bestimmt überhaupt die Norm?

Von Simone Oldenburg, MdL

Am 24. Oktober fand in Rostock die Inklusionstagung unserer Partei statt. Der erste beeindruckende Moment erwartete mich bereits um 10 Uhr, als eine halbe Stunde vor Beginn der Veranstaltung bereits kaum noch ein Platz zu ergattern war.

Inklusion ist also wirklich ein Thema, das alle betrifft und bei dem sich alle einbringen. In vielen Bereichen des Lebens werden bereits die Anfänge eines gemeinsamen Miteinanders gelebt – das war sichtbar und verdient unsere Anerkennung und Wertschätzung. Peter Braun, der Vorsitzende des Allgemeinen Behindertenverbandes in Mecklenburg-Vorpommern, sprach über die rechtlichen Bestimmungen in Kreisen, im Land sowie über die UN-Behindertenrechtskonvention. Das ist das eine, aber die Umsetzung ist das wesentlich Kompliziertere und manchmal auch das nicht Fassbare. Um weder zu überfordern noch sich hinter ein „geht sowieso nicht“ zu verstecken, sollte man die zahlreichen Schritte zu einem gemeinsamen barrierefreien Leben meines Erachtens in drei Phasen gliedern.

Zur ersten Phase zähle ich die Notwendigkeit des kurzfristigen Abbaus von Hürden. Dazu gehört beispielsweise der Beginn des behutsamen gemeinsamen Lernens in der Grundschule, im Sport, in der Teilhabe durch weniger Umwege, Antragstellungen, Ausnahmegenehmigungen.

Wolfgang Griese brachte es für den Bereich des barrierefreien Bauens auf den Punkt: „Barrierefrei zu bauen, nicht nur bei öffentlichen Bauten, muss gesetzliche Baupflicht werden.“ Hier gilt es, das Landesbaurecht so anzupassen, dass es möglich ist, per Gesetzeskraft ohne Barrieren zu bauen, zu modernisieren und somit den Beginn einzuläuten, Nägel mit Köpfen zu machen, um überhaupt die Voraussetzungen zu schaffen, um das Fundament zu errichten.

Für die zweite Phase müssen wir mit einem Zeitraum von 10 Jahren rechnen, in dem weitere gravierende Möglichkeiten geschaffen werden, um das Gemeinsame auch gemeinsam zu leben - also um gemeinsam das Haus auf dem Fundament für uns zu errichten. Dazu zähle ich die weitere Umgestaltung des Schulwesens, die Fortbildungen alle Lehrkräfte und die Alltäglichkeit, gesetzlich standardisiert barrierefrei zu bauen. Dazu zählen weiterhin der ÖPNV, der Gesundheitsdienst, die Kindergärten, Gebärdendolmetscher…

Diese Allgemeingültigkeit muss in der dritten Phase zur Selbstverständlichkeit werden.

Ein inklusives Leben miteinander und füreinander macht dann das Gemeinsame erlebbar. Es ist also der Zeitraum, in dem es selbstverständlich ist, dass jede und jeder Gebäude erreichen kann, ohne stets auf fremde Hilfe angewiesen sein zu müssen. Es ist die Zeit, in der es keines Antrages mehr bedarf, um gemeinsam beschult zu werden oder gefördert zu werden.

Es ist die Zeit, in der öffentliche Gebäude nicht mehr als „barrierearm“ gepriesen werden müssen, weil diese Barrierefreiheit normal ist, weil es die Norm ist.

Inklusion ist dann erreicht, wenn es des Wortes nicht mehr bedarf, um zu beschreiben, wie ein gemeinsames Miteinander gelebt werden könnte, weil es dann eben Normalität ist.

Liebe Genossinnen und Genossinnen,

ich wünsche euch in den kommenden Tagen ein wenig mehr Besinnlichkeit, ein wenig mehr Zeit für euch und eure Familien, ich wünsche euch Muße, unendlich viel Gesundheit und Freude.

Danke, dass wir uns auch in diesem Jahr gemeinsam für unsere Ideen und Forderungen erfolgreich eingesetzt und für sie gestritten haben.

Wir haben den Menschen deutlich gezeigt, dass ein Mecklenburg-Vorpommern nur mit der Linken bunter, gerechter und liebevoller ist.

Ich wünsche euch ein wundervolles Weihnachtsfest und einen gelingenden Start in das neue Jahr.

Eure Simone Oldenburg

Der CIA Folter Report von Wolfgang Neskovic

Dr. Hans Peter Aurich

Am 7. September 2015 fand zu dieser Thematik eine Veranstaltung der Rosa Luxemburg Stiftung gemeinsam mit dem Kommunalpolitischen Forum in der Piratenklause des Naturbades Schönberg statt.

W. Neskovic (Foto), bekannt als früherer Bundesrichter und langjähriger Bundestagsabgeordneter berichtete über die erschütternden Aussagen des CIA Folterberichtes, der mit einem ausführlichen Vorwort und juristischen Schlussfolgerungen für die internationale Politik, durch ihn verfasst, jetzt in der deutschen Übersetzung erschienen ist. Günter Bruhns, Vorsitzender der BO Schönberg/ Lüdersdorf begrüßte ihn und assistierte durch die Lesung aus diesem Report. Die anwesenden 19 Bürger aus Schönberg, Lüdersdorf und Lübeck hörten aus den dokumentierten Originalberichten die detailgetreuen Abläufe der grausamen Folter an vermeintlichen Mitwissern der gegen die USA gerichteten Terroraktionen. Beteiligt an der Folter waren amerikanische CIA-Beamte, Ärzte und Juristen. Es wurde auch deutlich, dass die bis zur Grenze der Lebensfähigkeit getriebene grausame Folter letztendlich keine für den Antiterrorkampf verwertbaren Ergebnisse brachte, was Neskovic auch generell für die tausendfachen ausgewerteten Seiten der Folterberichte feststellte. Begangen wurde die Folter außerhalb des USA Staatsgebietes, und nicht nur in Guatanamo, sondern auch in europäischen Staaten, um einer gerichtlichen Verfolgung, die nur für Taten im eigenen Land möglich ist, zu entgehen. Neskovic betonte den Mut der für die Veröffentlichung Verantwortlichen, teilte aber auch mit, dass die Folterer durch die dafür verantwortlichen Politiker einen Heldenstatus erhielten und die US Bürger mehrheitlich diese Praktiken noch heute billigen.

W. Neskovic kam dann auf geltendes internationales Recht und Völkerrecht zu sprechen und vermittelte Erfahrungen aus seiner Zeit im Bundestag und in Untersuchungsausschüssen. Er kommentierte die politisch gewollte Verschleierungspolitik der Bundesregierung. Besonders hätten alle bisherigen Justizminister wegen angeblicher Erfolglosigkeit jedes mögliche juristische Vorgehen gegen Aktionen der USA zurückgewiesen.

In einer umfangreichen Diskussion kamen z.B. die Kriegseinsätze mit deutscher Beteiligung und ihre völkerrechtliche Einordnung; die Erkenntnis, zu welchen menschlichen Grausamkeiten zu jeder Zeit Menschen bereit sind, wie auch die politisch gewollte Einseitigkeit des rechtlichen Vorgehens gegen Bürger der DDR zur Sprache.

Im Ergebnis des Abends hatten die Anwesenden den Eindruck, der herrschenden Regierungspolitik einschließlich der teilweise showmäßigen Debatten des deutschen Bundestages ohne wesentliches juristisch relevantes Einspruchsrecht ausgeliefert zu sein. Für diese meine wiederum bestätigte Einsicht bin ich dem juristisch und politisch außerordentlich erfahrenen Referenten dankbar. Seine uns vermittelte Hoffnung, nur durch einen langwierigen evolutionären Prozess mögliche Veränderungen unserer Welt zum Guten erreichen zu können, kann ich nicht teilen.

Meinungsstreit in unserer AG Seniorenpolitik

Von Jochen Ewald, Arbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik

In unserer Beratung am 16. September 2015 ging es zunächst um unseren WELLENBRECHER. Informationen über Begegnungen mit dem Vorsitzenden unserer Partei, Bernd Rixinger, dem Vorsitzenden unserer Bundestagsfraktion, Dr. Gregor Gysi sowie mit Wolfgang Neskovic, Bundesrichter a.D. (ehem. MdB) schlossen sich an.

Die sehr kritische, jedoch besonnene Zusammenfassung der Diskussion durch Kurt Dombrowski in Auswertung der Kreisvorstandssitzung vom 2. Sept. zur Gestaltung unserer Parteizeitung ergab:

Der WELLENBRECHER ist die Zeitung unseres Kreisverbandes, in der alle Parteimitglieder gleichberechtigt das Wort ergreifen können. Hier erfolgt der Gedanken- und Erfahrungsaustausch. Hier erfolgt der parteiliche Meinungsstreit. Niemand hat das Recht, das Erscheinen von Zuschriften ganz oder teilweise zu unterbinden oder verändernd in die Auffassungen, in die Sichtweise der Autoren einzugreifen. Nur auf Vertrauen beruhend findet sich die Aufmerksamkeit, auf Ansichten zu reagieren, die nicht mit der eigenen übereinstimmen. Von diesem parteilichen Meinungsstreit lebt der WELLENBRECHER.

Mit seinen Ausführungen über eine Veranstaltung mit dem Vorsitzenden unserer Partei und über sein persönliches Zusammentreffen mit Bernd Rixinger, erhielten wir durch Dr. Hans-Peter Aurich interessante Einblicke in gemeinsame Parteiarbeit der Genossinnen und Genossen aus Schönberg, Selmsdorf und Lübeck. Genosse Bernd Rixinger weilte am 1. Sept. in Lübeck und überreichte den Parteimitgliedern ein Banner, das sie im Fotowettbewerb unter unserem Motto" Das muss drin sein" gewonnen hatten. Wir, als Abordnung aus der BO Schönberg/ Lüdersdorf, so Hans-Peter, erlebten in Lübeck einen Tag herzlicher Gastfreundschaft, Resultat einer nun schon seit mehreren Jahren gepflegten Partnerschaft.

In einem persönlichen Gespräch fand die von Hans-Peter Aurich vertretene Auffassung unserer AG, der politischen Bildung in unserer Partei ein größeres Gewicht zu verleihen, Bestätigung durch Bernd Rixinger. Im Verlauf eines Gesprächs zu Problemen im Gesundheitswesen, nahm er das Buch "Krankenhaus Schönberg im Wandel der Zeiten" mit Interesse entgegen.

Eine Einladung unserer Genossin Simone Oldenburg, MdL, an Kurt Dombrowski, zu einer Begegnung mit dem Vorsitzenden unserer Bundestagsfraktion, Dr. Gregor Gysi, haben wir als Ausdruck der Wertschätzung der Arbeit unserer Arbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik, erfreut aufgenommen.

"Zukunft mit Bildung - Bildung mit Zukunft" lautete das Thema der anspruchsvollen Diskussion mit ca. 40 Gästen auf der Poeler Kogge "Wissemara". Verbunden mit den Grundforderungen nach Bildungschancen, nach Chancengleichheit war für Gregor Gysi " ein einheitliches Bildungssystem in ganz Deutschland" der bestimmende Tenor. (Der Wismarer Blitz berichtete darüber)

Noch tief bewegt von ihrem Inhalt informierte uns Hans-Peter Aurich über eine beeindruckende Veranstaltung der Rosa Luxemburg Stiftung und des Kommunalpolitischen Forums, unter Mitwirkung der BO Schönberg/Lüdersdorf. Der Herausgeber der deutschen Übersetzung, Wolfgang Neskovic, sprach zu dem Thema "Der CIA - Folterreport". Die Tragweite dieses Geschehens hat Genosse Dr. Aurich veranlasst, einen Artikel zu schreiben, den wir diesem Beitrag beifügen möchten.

In der Diskussion zu den Schwerpunkten unserer Arbeit im kommenden Jahr 2016, ergänzten sich unsere Auffassungen. Aber auch sehr unterschiedliche Meinungen zu Inhalten und Herangehensweisen gerieten aneinander. Worauf einigten wir uns: Wir wollen die Veranstaltungen zu Problemen der Sicherheit für Senioren mit dem Landeskriminalamt fortsetzen, zumal vom Frauen- und Familien-Zentrum Wismar die Initiative ausgeht, mit uns als AG, Gastgeber für ein solches Forum im März 2016 zu sein. Wir bereiten damit in Wismar eine weitere Veranstaltung zu diesem Thema vor. Bedauerlicherweise finden wir in den BO der Stadt keine Resonanz zum Mitwirken bei diesem wichtigen Thema.

Die rege Diskussion in den bisherigen Veranstaltungen, verbunden mit vielen Fragen zu historischen Hintergründen und Zusammenhängen ist uns Anlass, auch weiterhin in BO, aber auch in Gemeinden, über das Geschehen um die "Cap Arcona" und die "Thielbeck" zu sprechen. Unsere Zeitung berichtete darüber.

Unsere Überlegungen zu neuen Inhalten und Themen haben uns mit Nachdruck den Ausgang des Volksentscheids zur Gerichtsreform, einschließlich der Begleitumstände, vor Augen geführt. Gemessen am Einsatz der Initiatoren auf Landes- und Kreisebene, sollte uns dieses Ergebnis hinsichtlich unserer politischen Verantwortung für den Umgang mit der Demokratie aufhorchen lassen. Wir haben uns, besonders auch aus dieser Sicht, veranlasst gesehen, über unseren Beitrag in Vorbereitung der Landtags- und weiteren Wahlen 2016 nachzudenken.

Über unsere Vorstellungen - damit verbunden auch zur politischen Bildung, einschließlich der Pflege unserer Erinnerungskultur " Erlebte Geschichte" - würden wir die Diskussion gerne mit Genossinnen und Genossen aus den BO weiterführen. Ausgangspunkt könnte ein Tagesordnungspunkt in einer Beratung des Kreisvorstandes mit den Vorsitzenden der BO sein.

Wir versprechen uns davon "Breite und Vielfalt" in unserer politischen Arbeit. Wir wollen so nach Wegen suchen, um auch dort wirksam zu werden, wo wir keine BO oder nur einzelne Genossen haben.

Klar Nr. 36: Schluss mit dem Staatsversagen!

Die aktuelle Ausgabe von Klar, der Zeitung der Bundestagsfraktion DIE LINKE liegt in der Geschäftsstelle bereit. Topthema: Schluss mit dem Staatsversagen - Deutschland braucht eine sozial gerechte Wende! Klar benennt die größten Herausforderungen und zeigt, wie sie gemeistert werden können.

Vorgestellt auf dem Landesparteitag

Wie geht's?

Sende vom Handy oder Smartphone eine SMS mit dem Text LINKE an die Telefonnummer 81190.

Was kostet mich das?

5 EUR + SMS-Gebühr meines Vertrages.

Was kommt an?

Beim Landesverband M-V 4,83 EUR als Spende, bei mir eine Antwort-SMS. Vor dem endgültigen Senden werde ich auch auf die Kosten hingewiesen und kann dort auch noch abbrechen.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

RLS-Freundeskreis plant für 2016

Am 25.11. traf sich der Freundeskreis, um über den Veranstaltungsplan für 2016 zu beraten. Unter einer Reihe von Vorschlägen wurden diejenigen ausgewählt, die weiterverfolgt werden sollen; erste Rückmeldungen von Referenten liegen schon vor. Zu Recht wird im nebenstehenden Beitrag der AG Senioren die Wichtigkeit poli-

tischer Bildung betont. Wir sehen uns für linke Bildungsarbeit im Kreisgebiet als erste Adresse und werden entsprechende Wünsche gern aufgreifen. Dabei sind wir bei Veranstaltungen außerhalb von Wismar immer auf die Unterstützung von ortskundigen Helfern angewiesen. Über erste Veranstaltungen 2016 werden wir in der nächsten Ausgabe unserer Zeitung berichten.

Lutz Tannhäuser

Verirrte Bürger? - Kurt Tucholsky und der Weltbühne-Kreis

Linke Intellektuelle zwischen Bürgertum und Arbeiterbewegung von 1900 bis heute

Wer war Kurt Tucholsky? Er wurde vor 125 Jahren geboren!

Jeder hat seinen Namen schon mal gehört. Zur Auffrischung ein kleiner Abriss seines Lebens.

Er wurde 1890 in Berlin als Sohn eines Kaufmanns geboren. Er studierte Jura und war kurze Zeit Bankvolontär. Seit 1924 lebte er meistens im Ausland und schrieb von dort Artikel.

Er war Mitarbeiter und zeitweilig Herausgeber der „Weltbühne“. Ab 1929 lebte er in Schweden. 1933 verboten die Nazis die „Weltbühne“, verbrannten die Bücher des Schriftstellers und bürgerten ihn aus. Tucholsky starb 1935 in Schweden, vermutlich durch Selbstmord.

Die Kurt-Tucholsky-Gesellschaft widmet sich dem Andenken des Autors und der Verbreitung seines Werkes.

Daher: Auf Einladung der Kurt-Tucholsky-Gesellschaft (KTG) trafen sich ca. 100 Teilnehmer zur diesjährigen Jahrestagung im Auditorium der Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin.

Im Mittelpunkt standen neben Kurt Tucholsky auch die übrigen Autoren des Weltbühne-Kreises. Von Ihnen ausgehend wurden Schlaglichter auf Intellektuelle und ihre gesellschaftliche Rolle heute geworfen.

Verirrte Bürger? Die Kurt Tucholsky-Gesellschaft hatte zu dieser Thematik hochkarätige Referenten eingeladen, die sich dazu aus Sicht ihrer Fachgebiete äußerten. Auf diese Weise wurden gesellschaftliche Vergangenheit und Gegenwart aus ganz unterschiedlichen historisch-politischen und literarischen Perspektiven ausgeleuchtet.

Unter den Referenten waren diesmal Prof. Dr. Heribert Prantl (Tucholsky-Preisträger 1996), Dr. Ian King, Prof. Dr. Dieter Mayer, Prof. Dr. Werner Boldt. Prof. Dr. Wolfgang Beutin, Frank-Burkhard Habel, und Dr. Ralf Klausnitzer.

Ian King, London, der Vorsitzende der KTG , eröffnete und leitete die Tagung.

Zuerst kamen junge Nachwuchswissenschaftlerinnen zu Wort. Die angehende Doktorandin Johanna Leitert stellte die Ergebnisse ihrer Untersuchungen zum Thema „Die Weltbühne in der DDR“ vor. Gut, dass die Forschungen etwa zum Thema „Weltbühne“ von jungen Leuten weitergeführt werden.

Mit musikalischen und tänzerischen Beiträgen begeisterten SchülerInnen der Kurt-Tucholsky-Oberschule, Berlin Pankow. Sie erwiesen dem Namensgeber ihrer Schule alle Ehre.

Prof. Prantl, Jurist wie Tucholsky, schilderte die Macht oder Ohnmacht der Presse im Hinblick auf Veränderungen der Gesellschaft. Tucholsky sagte 1923, er habe zwar Erfolg, aber keinerlei Wirkung. Die Weltbühne und die Zeitungen, in denen er schrieb, hatten aufgrund ihrer Auflagen nur geringen Einfluss.

Kurt-Tucholsky-Preis

Zum Abschluss und Höhepunkt der Tagung wurde der diesjährige Kurt-Tucholsky-Preis in einer feierlichen Stunde im Theater im Palais dem Literatur- und Theaterwissenschaftler Jochanan Trilse-Finkelstein übergeben.

Die Vorträge werden in einer Publikation der Tucholsky-Gesellschaft veröffentlicht.

Sie sind dann über die Website der KTG zu bestellen.

Günther Bruns, Herrnburg

Herzliche Glückwünsche

Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im November und Dezember 2015 Geburtstag hatten und haben.

Ganz besonders herzliche Glückwünsche gehen an unsere Genn. Hildegard Kaiser und unseren Gen. Hans Eggert zum 91. Geburtstag. Zum 89. Geburtstag gratulieren wir Gen. Horst Kleibert und zum 88. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an unseren Gen. Richard Däbritz. Zum 87. gehen herzliche Glückwünsche an den Gen. Gerhard Reichelt. Auf 86 Lebensjahre blickt Genosse Heinz Brumme zurück und zum 85. Geburtstag gratulieren wir ganz herzlich Gen. Horst-Ulrich Kurth. Zum 84. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an den Gen. Gerhard Horn und zum 83. Wiegenfest gratulieren wir Genn. Waltraud Steigmann ganz herzlich.

Früher oder später muss man Partei ergreifen, wenn man ein Mensch bleiben will.

Graham Green

Glückwünsche zum 82. Geburtstag erhält Genn. Brigitte Wulf. Zum 81. Geburtstag wünschen wir Genn. Eva Mielke alles erdenklich Gute. Die besten Wünsche zum 80. erhalten unsere Gen. Dr. Hans-Peter Aurich und Paul Koeppe. Zum 75. Geburtstag gratulieren wir den Gen. Peter Maubach und Fritz Hildebrandt. Weiterhin gehen Glückwünsche an die Genn. Hannelore Tretow zum 65. und Genn. Christa Herder-Wölm zum 60. Geburtstag.

Herzliche Glückwünsche gehen auch an unsere Genn. Petra Köster und Kordula Stritz zum 55. Geburtstag und Genn. Eliana Picha zum 45. Wiegenfest.

Wir wünschen ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteiarbeit.

Immer mehr Adventskränze klagen über Burn-out

Ist das Fest in Gefahr? Viele Weihnachts-Leistungsträger können dem Druck offenbar nicht mehr standhalten, fühlen sich hohl und benutzt.

Mitglieder des Kreisverbandes trafen sich am 28. Oktober in der Wismarer Geschäftsstelle und bedankten sich bei Sonja Bahlk anlässlich ihres 80. Geburtstages für ihre langjährige ehrenamtliche Arbeit, die sie bei der Pflege des Mitgliederprogramms und in der Redaktion der Mitgliederzeitung leistet.

der WELLENBRECHER
Herausgegeben vom:
Kreisverband DIE LINKE
Am Schilde 7a, 23966 Wismar

DIE LINKE.
NORDWESTMECKLENBURG

Redaktion:
Sonja Bahlk, Uwe Boldt, Helga Brauer, Björn Griese, Horst Neumann, Lutz Tannhäuser, Peter Vorbau u. Frank Wuttke

Kontakt:
Fon: (03841) 28 35 55
Fax: (03841) 20 19 79
Mail: info@die-linke-nwm.de
Internet: www.die-linke-nwm.de
Redaktionsschluss: 16.01.2016